

Der Hessische Weg: Soziale Stadt als Gemein- schaftsinitiative

HEGISS Materialien

Vorträge 2



HessenAgentur

HA Hessen Agentur GmbH



Der Hessische Weg: Soziale Stadt als Gemein- schaftsinitiative

Vortrag anlässlich des HEGISS-
Netzwerktreffens
„10 Jahre Bund-Länder-Programm
Soziale Stadt in Hessen“
am 24. Juni 2010 in Frankfurt am
Main / Teves-Gelände (Gallus)

HEGISS Materialien

Vorträge 2

Servicestelle HEGISS
Wiesbaden, 2010

Eine Veröffentlichung der
Servicestelle HEGISS
c/o HA Hessen Agentur GmbH
Sekretariat der Abt. Standortentwicklung
Postfach 1811
65008 Wiesbaden
Abraham-Lincoln-Straße 38–42
65189 Wiesbaden
Telefon 0611 774-8755, Fax 0611 774-8729
E-Mail HEGISS@hessen-agentur.de
Internet <http://www.hegiss.de>

Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit
Quellenangabe gestattet.
Belegexemplar erbeten.

Dr. Annegret Boos-Krüger

HEGISS-Netzwerktreffen

„10 Jahre Bund-Länder-Programm Soziale Stadt in Hessen“

24. Juni 2010 in Frankfurt am Main / Teves-Gelände (Gallus)

Vortrag:

Der Hessische Weg:

Soziale Stadt als Gemeinschaftsinitiative

– Es gilt das gesprochene Wort –

Sehr geehrter Herr Stadtrat Schwarz,

meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Kolleginnen und Kollegen,

nach Ihren Ausführungen, sehr geehrte Frau Graf, zur Perspektive des Programms aus Bundessicht, möchte ich mich in meinen Ausführungen auf die Hessische Gemeinschaftsinitiative Soziale Stadt – auf HEGISS – konzentrieren.

Dies geht nicht ohne einen kurz gehaltenen Rückblick auf die letzten 10 Jahre Programmpraxis Soziale Stadt in Hessen, dies geht nicht ohne ein paar statistische Kennzahlen dazu. Meine weiteren Ausführungen möchte ich dann allerdings auf unsere Schwerpunktsetzungen in diesem Programm in den vergangenen 2–5 Jahren konzentrieren, auf das Programmkonstrukt als solches eingehen, den Bedarf der intersektoralen Kooperation darstellen – mit einigen offenen Fragen dazu – und mit einem Ausblick schließen.

Die Geschichte und Vorgeschichte des Programms Soziale Stadt in den 90er Jahren setze ich bei unserem weitestgehenden „Insider-Publikum“ am heutigen Tag voraus. Dennoch, meine sehr geehrten Damen und Herren, haben wir gegenwärtig eine ganze Reihe von neuen Standorten mit von der Partie, ebenso Standorte, die in den kommenden ein, zwei Jahren vor der Aufnahme in das Programm stehen. Zudem gibt es, wenn ich das so sagen darf, Dank des demographischen Wandels etliche neue oder junge Berufskolleginnen und Kollegen in Kommunen, Büros, Trägern und anderen Partnerinstitutionen und da dürfte ein bisschen HEGISS-Historie auch ganz interessant sein.

HEGISS in Zahlen

Hessen hat 1999/2000 mit 17 Förderstandorten begonnen. Zwischenzeitlich stieg diese Zahl auf 39 in 33 Kommunen an. Dabei sind die größeren und einige mittlere

Städte Hessens vielfach mit zwei Standorten im Programm vertreten. Auf der Karte im Hintergrund sehen Sie die „Verteilung“ der Förderstandorte innerhalb Hessens. Eine gewisse Konzentration im Rhein-Main-Gebiet ist sichtbar, allerdings können Sie auch erkennen, dass in Mittel-, Nord- und Osthessen eine nicht unwesentliche Anzahl von Soziale Stadt-Gebieten liegt. Dies zeigt, dass die Programmphilosophie der Sozialen Stadt sich nicht nur für Großstädte oder Verdichtungsräume als geeignetes Stadtentwicklungsprojekt durchgesetzt hat, sondern gleichfalls dieser Aufgabe in Klein- und Mittelstädten des ländlichen Raumes gerecht wird.

Seit 1999 hat sich die Soziale Stadt zu einem der wichtigsten Teilbereiche der Städtebauförderung – ich möchte fast sagen – nach vorne gearbeitet. In Hessen ist das Programm nach dem Stadtumbau West das Bund-Länder-Programm mit dem größten Fördervolumen.

Lassen Sie uns zunächst einen Blick auf die baulich-investiven Maßnahmen werfen: Hierfür wurden in den vergangenen 10 Jahren rund 114 Millionen Euro an Finanzhilfen vom Bund und dem Land Hessen zur Verfügung gestellt. Zahlreiche Einzelmaßnahmen konnten dadurch realisiert werden, vorwiegend in drei Schwerpunkten:

1. Im Bereich Verbesserungen des öffentlichen Raumes: (Neugestaltungen von Plätzen, Straßenräumen oder landschaftsplanerische Projekte, Mietergärten, Grün- und Erholungsflächen, Spielplätze).
2. Verbesserungen im Wohnungsbau (Modernisierungsmaßnahmen, energetische Sanierung und Funktionsverbesserungen).
3. Im Bereich Verbesserung der sozialen wie kulturellen Infrastruktur (Nachbarschaftszentren, Mehrgenerationshäuser oder Jugendzentren).

Wir alle wissen, dass gerade diese für die Stadtbevölkerung sichtbaren Verbesserungen der baulich-räumlichen Umwelt per se eine Aufwertung der Gebiete beinhalten, die ihrerseits die Stadtteilbevölkerung motiviert, Eigeninitiative und Selbstverantwortung für ihre private, ökonomische wie gemeinschaftliche Situation zu entwickeln.

Investition vorbereitende und Investition begleitende Maßnahmen

Lassen Sie uns dieses Thema aus der Historie des Programms heraus nachvollziehen:

Eine wirkliche – wie ich meine – Innovation und Stärke des Programms Soziale Stadt ist es, dass aus diesen Investition vorbereitenden Mitteln in ein neues Berufsbild – das Quartiers- bzw. Stadtteilmanagement – im wahrsten Sinne des Wortes „investiert“ werden konnte. Mit der Entwicklung dieses Berufsbildes ist inzwischen auf kommunaler Ebene die ressortübergreifende, interdisziplinäre Zusammenarbeit im Sozialraum professionalisiert worden. Anfangs überzogene Erwartungen sind einer vernünftigen Routine des Machbaren gewichen. Das Arbeitsgebiet Quartiers- oder Sozialraummanagement wird inzwischen bundesweit in verschiedenen Hochschulen als Aufbaustudiengang angeboten. Es gilt allgemein als anerkannte Arbeitsform in

sozialwissenschaftlichen wie planerischen Gebieten und ist damit auch unabhängig der sozialen Stadt anwendbar.

Neben der Dauerinvestition in das Quartiersmanagement für die gesamte Förderlaufzeit gehören ebenfalls Maßnahmen wie Öffentlichkeitsarbeit oder konzeptionelle Arbeiten in die Kategorie „Investition vorbereitend“ und sind wichtige „Motoren“ der Stadtteilentwicklung.

Nicht-investive Maßnahmen / Hegiss-Innovationen

Seit 2006 haben die Länder für die Soziale Stadt eine erhebliche Mittelaufstockung durch den Bund erhalten, um verstärkt modellhaft nicht-investive Maßnahmen finanzieren zu können. Der Bund wollte hiermit einen deutlich verstärkten Anreiz zur Ressourcenbündelung leisten. Frau Graf hat dies bereits ausgeführt.

Was sind nicht-investive Maßnahmen: Gemeint sind jene Maßnahmen jenseits der baulich-räumlich sichtbaren Maßnahmen: nämlich das Investieren in die Menschen des Stadtteils mit der Intension ihre soziale, kulturelle und ökonomische Lebenslage zu verbessern und zu stabilisieren. Mir stellt sich die Frage, warum diese Maßnahmen im Fachjargon als „Nicht-Investiv“ benannt werden, denn es scheint mir die wichtigste Investition überhaupt. Aber das ist nur eine begriffliche Anmerkung.

In der vergangenen Programmlaufzeit seit 2006 wurden durchschnittlich ca. 22 % des jährlichen Gesamtinvestitionsvolumens, somit durchschnittlich 3,2 Millionen Euro, für so genannte nicht-investive Maßnahmen bereitgestellt.

Zu vermuten ist, dass der Bund diese Mittelaufstockung vorgenommen hat, um eine gewisse Kontinuität in die vom Programm intendierten ressortübergreifenden Projektpartnerschaften zu bringen. Dass dies ein bis dato nicht befriedigend gelöster Prozess ist, dürfte daran liegen, dass die kooperierenden Fachgebiete – ich nenne mal unvollständig die fünf wichtigsten: Jugend, Schule, Bildung, Beschäftigung, Gesundheitsförderung – nicht zuverlässig – sondern eher temporär – über entsprechende komplementäre Mittel verfügen. Unter diesen Bedingungen besteht deshalb unverändert eine Herausforderung darin, mehr Stabilität in der Zusammenarbeit verschiedener Fachgebiete zu erreichen.

In Hessen wurden diese Mittel durch die Ausschreibung von HEGISS-Innovationen mit 3 Schwerpunktlegungen ausgeschrieben:

- Bildung, Jugendhilfe und Schule,
- Beschäftigung und stadtteilnahe Wirtschaftsförderung,
- Soziale Integration und Stärkung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens.

Das Augenmerk lag dabei darauf, gerade neue – innovative – Projektpartnerschaften aus verschiedenen Funktionssystemen zu unterstützen. Es wurde deshalb erwartet, dass sich die Partner über gemeinsame Ziele, Vorgehensweisen und überprüfbare Erfolgsindikatoren verständigen.

Zwischen 2006 und 2009 konnten mit HEGISS-Innovationen insgesamt 125 Projekte und Maßnahmen realisiert werden, insgesamt mit einem Fördervolumen von 12,9 Millionen Euro. Dies hat vielen hessischen Kommunen enorme Unterstützung verschafft, die sozialräumlichen Netzwerke auszubauen, neue Projektpartnerschaften zu bilden und zu versuchen, nachhaltige Organisationsstrukturen in den Quartieren aufzubauen für die Zeit nach der Förderung. Wir haben im zweiten Teil des heutigen Vormittags u. a. genau auf diese Projekte in Kombination mit städtebaulichen Investitionen den Schwerpunkt gelegt und werden davon heute noch weitere Eindrücke mitnehmen.

In Abstimmung mit dem zuständigen Referat von Frau Dr. Jäger werden wir uns dieses Jahr verstärkt um die Qualitätssicherung der laufenden HEGISS-Innovations-Projekte kümmern.

Partnerprogramme / Partnerinitiativen in der Sozialen Stadt – Chancen und Hürden der Kooperationen verschiedener Fachgebiete

Eine Möglichkeit zur Finanzierung und zur Beförderung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit im Stadtteil sind von Anfang an des Programms Soziale Stadt so genannte Partnerprogramme. Wer von Anfang an dabei ist, hat viele solcher – ich möchte sie Programmphasen nennen – schon miterlebt. Ich könnte auch sagen „kommen und gehen“ sehen. Unter anderem wurden und werden diese Partnerprogramme oder Partnerinitiativen aus dem Europäischen Sozialfond – kurz ESF – finanziert. Die Namen der Programme sind hier den meisten Kolleginnen und Kollegen geläufig. Wir starteten mit E & C, respektive Entwicklung und Chancen für junge Menschen, es folgten über einige Jahre Programmelemente, finanziert über den EU-Titel Lokales Kapital für soziale Zwecke – kurz genannt LOS, die einen Schwerpunkt auf so genannte Mikroprojekte legten. 2008 wurde LOS vom Bundesarbeitsministerium in das Programm „Stärken vor Ort“ überführt, ebenfalls 2008 legte das Bundesbauministerium das sehr erfolgreiche Programm BIWAQ auf. (Bildung, Wirtschaft, Arbeit im Quartier).

Um es vorweg zu nehmen: Kein Euro dieser Programmmittel ist verzichtbar sondern schafft die Möglichkeit intelligent vernetzte Projekte in den Programmgebieten zu realisieren.

Vorteil und Alleinstellungsmerkmal all dieser Programme ist der Umstand, dass sie in der Ausschreibung bzw. Anwendung auf die Programmgebiete der Sozialen Stadt zugeschnitten sind und Projekte im sozialen, kulturellen und sozial-ökonomischen Bereich ermöglichen. Voraussetzung ist die Einbindung dieser Projekte in das integrierte Handlungskonzept.

Nachteil all dieser Programme ist, dass ihre Laufzeit wie ihre jährliche finanzielle Ausstattung begrenzt – genau genommen – ausgesprochen endlich ist. Präzise betrachtet haben Sie – ich spreche die Kommunen an – mit dem Kernprogramm Sozia-

le Stadt zwar mindestens 10 Jahre weitestgehende Planungssicherheit. Die gesamten cofinanzierten Projekte und Maßnahmen im so genannten nicht-investiven Bereich verfügen hingegen über keine oder nur eingeschränkte Planungssicherheit. Dieser Umstand ist von je her eine Schwachstelle des Konstrukts Soziale Stadt. Verfolgen wir die medialen Diskussionen rund um das Sparpaket der Bundesregierung diesen Monat und die daraus resultierenden und nicht zu vermeidenden Sparzwänge der öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren, so ist es gegenwärtig nicht einfach, Optimismus zu entwickeln. Dennoch wollen wir am heutigen Tag die Erfolge und Teilerfolge des Programms würdigen.

Fachpolitische Perspektiven auf benachteiligte Stadtteile bzw. benachteiligte Bevölkerungsgruppen

Die Integrierte Stadtentwicklung ist in der BRD zu den zuvor angesprochen Themenkomplexen nicht allein unterwegs. Auch andere Fachgebiete sind aus ihren jeweiligen Zuständigkeiten heraus mit der Suche nach entsprechenden Lösungsansätzen befasst.

Ich nenne an erster Stelle die Integrationspolitik in der BRD, die in den vergangenen 10 Jahren zu einer vorrangigen Aufgabe der Gegenwartspolitik avanciert ist. Mit dem Begriff der Integration ist nicht nur die Integration zugewanderter Menschen gemeint. Integrationspolitik befasst sich mittlerweile mit allen Bevölkerungsschichten, die über mehrere Generationen vom Bildungs- und Arbeitsmarkt weitgehend ausgeschlossen sind. Wer von Bildung und Arbeit ausgeschlossen ist, ist oder wird arm. Wer arm ist, hat wiederum keine Chancengleichheit, angemessen an Bildung und Arbeit teilzunehmen. Wer dieses Schicksal teilt, lebt in Stadtteilen, die als benachteiligt zu bezeichnen sind und zu Programmgebieten der Sozialen Stadt erklärt werden könnten.

Es lässt sich leicht heraushören: es handelt sich um einen Teufelskreislauf. Egal welches Fachgebiet sie auch vertreten – jedes Fachgebiet weiß, alleine kann es aus seinem Handlungsradius heraus den Kreislauf wegen der zugrunde liegenden Multi-kausalitäten nicht durchbrechen, sondern es bedarf eben – keiner hat daran Zweifel – dem Zusammenwirken verschiedener Fachgebiete.

In den vergangenen Jahren gab es Integrationsgipfel und Islamkonferenzen auf Bundesebene, ebenso Integrationskonferenzen wie Integrationsprojekte auf Landesebene, so auch in Hessen. Auf Bundes- und Landesebene gibt es nach dem ersten „PISA-Schock“ – ich glaube das war 2006 – diverse Bildungsoffensiven des Bundes und der Länder, wie z. B. Lernen vor Ort, Kein Kind geht verloren oder Bildungspartnerschaften zwischen Schul-, Erwachsenen- und Familienbildung. 2008/2009 wurde vom Bundesgesundheitsministerium gemeinsam mit dem Bundesbauministerium die Initiative „IN FORM – Gesundheitsförderung für sozial Benachteiligte“ gestartet, die in Teilbereichen in Hessen mit dem Aktionsplan IN FORM in Hessen eine Fortsetzung findet. Alle diese Initiativen und Programme setzen letztlich bei den Umsetzungsstrategien ihrer Ziele im Lebensumfeld der betroffenen Bevölkerungsgruppen an. Alle sind sich einig, dass nur im so genannten „setting“ / im Sozialraum die Angebote / die Projekte bei der Zielgruppe oder bei den Zielgruppen ankommen kön-

nen. Jetzt stellt sich die Frage: Muss der Weg dort hin von jedem Fachgebiet immer wieder neu erfunden, begründet und administriert werden? Lassen sich keine gemeinsame Ziele, Wege und Strukturen finden?

Ein Vergleich zur Medizin scheint sinnvoll: Dort wie auch in den Gebieten der Planung oder sozialen Arbeit haben die Spezialisierungen stetig zugenommen und sind im Bezug auf das Einzelwissen zu einer Materie sicherlich sinnvoll. Dennoch ist dieses Wissen ohne Berücksichtigung einer ganzheitlichen medizinischen Betrachtung gänzlich wertlos, weil der Mensch – wie eine Gesellschaft eben auch – aus komplexen Wechselwirkungen besteht.

Best-practice braucht good governance

Erlauben Sie mir einige eigene fachpolitische Einschätzungen:

Es stellt sich deshalb nach 10-jähriger Laufzeit die Frage, wie mehr Stabilität in die so wichtige synergetische Kooperation mit Fachgebieten wie Schule, Bildung, Beschäftigung, Sport, Gesundheitsförderung oder – begrifflich schwer einzugrenzen – Integration, aufgebaut werden kann? Eine integrierte Vorgehensweise im Sozialraum / oder – anderer Begriff – im „setting“ wird inzwischen von vielen Fachgebieten als optimaler Handlungsrahmen zur Erreichung der eigenen Ziele gesehen. Ein Aufeinanderzugehen der Fachgebiete – Integriertes Vorgehen ist keine Einbahnstraße – bietet sich also in der Sozialen Stadt an, aber nicht nur in diesem Programm. Im Grunde ist gerade in Zeiten knapper öffentlicher Haushalte die Einsicht geboten, die Lernprozesse aus den eigenen und fachfremden Gebieten zu vernetzen.

Ich halte es deshalb für erwägenswert, die Programmphilosophie weiter zu entwickeln. Vielleicht muss dabei die Idee der Kooperation – zumindest gedanklich – mal auf den Kopf gestellt werden, um einen Schritt weiter zu kommen. Es muss dabei die Frage erlaubt sein, ob es auf lange Sicht wirklich sinnvoll ist, aus dem Städtebau heraus „fachfremde“ Projekte mit so genannten nicht-investiven Mitteln zu fördern beziehungsweise sie über Komplementärprogramme von kurzzeitiger Dauer zu initiieren. Wäre es nicht überlegenswert, stattdessen auf Dauer angelegte fachübergreifende Strukturen anzulegen, in denen jedes Ressort über die Förderperioden hinaus – ganz im Sinne der Nachhaltigkeit – die Verantwortung für sein Gebiet behält. Dies hätte auch den Vorteil, dass je nach Bedarfslagen und Aufgaben im Quartier, besondere Schwerpunkte herausgearbeitet werden könnten.

Ich gebe zu, dass bei derzeitiger angespannter Haushaltslage von Bund und Ländern dieser Vorschlag gegenwärtig eher theoretischen Charakter hat. Dennoch sollten wir in der Fortschreibung des Programms versuchen, diese Spannungsverhältnisse – und an diesen Punkten sind inzwischen auch die Grenzen des Programms Soziale Stadt sichtbar – dialektisch aufzulösen und dies geht vor allem nicht ohne die Politik.

Herr Schelzke vom Hessischen Städte- und Gemeindebund hat neulich auf einer Veranstaltung sinngemäß ausgeführt, dass die Haushaltslagen der öffentlichen Hand sich so prekär gestalten werden, dass die Demokratie in unserer Gesellschaft in Gefahr gerät. Ich fürchte, damit ist bei so einem bestens informierten Kollegen keine Übertreibung verbunden.

Deshalb könnte es Ziel führend sein, wenn Prozesse und Projekte wie

- Demographiedialog und Nachhaltigkeitsstrategie Hessen,
- Integrationskonferenzen, einschl. ausgewiesener Modellkommunen,
- Aktionsplan IN FORM in Hessen, mit einem Projektansatz zur Gesundheitsförderung sozial Benachteiligter sowie
- Integrationsprojekte aus dem Ressort Sport bzw. des Landessportbundes und
- Integrierte Stadtentwicklung, respektive Soziale Stadt

aufeinander abgestimmt werden und in kompatiblen Teilabschnitten in ausgewiesenen Sozialräumen miteinander verknüpft werden. Alles andere dürfte fachlich-inhaltlich wie auch im Hinblick auf Ressourceneinsatz nicht vernünftig sein. Einige Ansätze in diese Richtung gibt es im Übrigen schon. Wir sind deshalb – hier spreche ich die Kolleginnen und Kollegen der kooperierenden Fachgebiete an, sei es auf kommunaler Ebene oder auf der Ebene der hessischen Fachministerien – überaus dankbar, wenn wir von Ihnen – hier spreche ich für den Kollegenkreis der Sozialen Stadt – in Ihre Vorhaben einbezogen werden, wie es ja auch vielfach und in jüngster Zeit vermehrt geschieht.

Ich will es gerne zusammenfassen: Was wir in Zeiten knapper Kassen und großen gesellschaftlichen Herausforderungen brauchen, ist Programmintensität statt Programmvielfalt und verlässliche Programmpartnerschaften. Weniger wäre manchmal mehr und die Organisations- und Steuerungsstrukturen sollten wechselseitig – die Betonung liegt auf wechselseitig – genutzt werden.

Ich halte also die Überlegung für wert, über die wechselseitige Öffnung von integrativ arbeitenden Programmen und Initiativen auf Bundes- und Landesebene nachzudenken, denn hierzu wären nicht nur programmatische Öffnungen zu vereinbaren sondern auch verwaltungsrechtliche Rahmensetzungen zu modifizieren.

Programmqualitäten gehen vor Programmquantitäten

Dieses Motto gilt sowohl für eine zu bunte Vielfältigkeit von Komplementärprogrammen als auch für die inzwischen ausgebaute Programmvielfalt im Städtebau selbst.

Strukturwandel, Wirtschaftskrise(n) und der demographische Wandel haben im europäischen Raum wie auch in der Bundesrepublik Deutschland dazu geführt, dass Disparitäten zwischen Räumen und Teilräumen zugenommen haben und noch weiter

zunehmen werden. Um auf die unterschiedlichen Ursachen von sozialen und ökonomischen Erosionsprozessen in städtischen wie ländlichen Räumen reagieren zu können, ist die klassische Städtebauförderung – wie wir sie über 40 Jahre in der BRD als so genannte Stadterneuerung oder Sanierung kannten – in den vergangenen 10 Jahren erheblich durch verschiedene Städtebauförderungsprogramme ausdifferenziert worden. Nach der Einführung des Programms Soziale Stadt 1999 wurde 2004 der Stadtumbau West aufgelegt, 2008 folgten die „Aktiven Stadt- und Ortsteilzentren“, 2009 der „Städtebaulicher Denkmalschutz“.

Die Soziale Stadt war dabei für alle weiteren Programmlinien des Städtebaus beispielgebend und „hat Schule gemacht“. Mit der Verabschiedung der Leipzig Charta zur integrierten Stadtentwicklung in Europa 2007 hat das – in der Sozialen Stadt entwickelte integrierte Vorgehen europaweite Maßstäbe gesetzt zur Bearbeitung von Aufgabenstellungen in der Stadt- und Regionalentwicklung.

Zusammen mit den Stadterneuerungsprogrammen plus den Programmen der Integrierten Stadtentwicklung plus der EU-Strukturförderung (EFRE) gibt es zur Zeit rund um die Stadtplanung nicht weniger als 7 Programme, die vom Land und den Kommunen zu steuern sind und von der Wirtschafts- und Infrastrukturbank abzuwickeln sind. Damit ist der Verwaltungsaufwand in Parallelität zur gewachsenen Komplexität der Verfahren stetig gewachsen. Hier bedarf es einer Verlinkung und Abstufung von Gebietszuschnitten in den Programmen, über Inhalte wie Organisationsstrukturen der Programmlinien des Städtebaus und – so wir uns im ländlichen Raum befinden – mit der Dorf- und Regionalentwicklung. Es ist nicht Ziel führend für die Kommunen mit knapper Personaldecke und angespannten Haushalten für jede Programmlinie ein neues Integratives Handlungskonzept aufzustellen und gänzlich neue Steuerungsstrukturen aufzubauen. Hier bedarf es neuer Verknüpfungen und Vereinfachungen, um die Integrierte Stadtentwicklung für die Kommunen praktikabel und effizient zu gestalten.

Ich hoffe also – so ergibt sich auch das Bild aus Gesprächen mit den Kolleginnen und Kollegen aus den hessischen Kommunen wie mit dem Kollegenkreis in benachbarten Bundesländern –, dass die Aufsplitterung der städtebaulichen Programmlandschaft nicht weiter voranschreitet sondern – dies ist die Botschaft – sowohl die Programmlinien als auch die Partnerprogramme und Partnerinitiativen einfacher und effektiver in der Steuerung und Verknüpfung werden. Möglicherweise unterstützt dies auch die sonstigen so notwendigen Anstrengungen zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte.

Die besondere Charakteristik von HEGISS, Errungenschaften, Erfolge und Perspektiven

Keine Jubiläumsrede ohne etwas (Eigen)-Lob: Hessen hat das Programm Soziale Stadt von Anfang an sehr ernst genommen, es auf Landes- wie Bundesebene mit diskutiert und die Programmentwicklung im eigenen Bundesland stetig weiter betrieben und optimiert. Hessen investierte von Beginn an in eine besondere Stützungs-

struktur – die Servicestelle HEGISS – in der die Hessen Agentur in enger Kooperation mit der Landesarbeitsgemeinschaft Soziale Brennpunkte (LAG) die Programmkommunen berät, den Wissenstransfer und Erfahrungsaustausch organisiert und das Land in der Programmdurchführung unterstützt. Dieses bis dato erhaltenen Konstrukt einer Servicestelle ist in der BRD einmalig und zeigt, dass das Land Hessen die soziale Komponente des Programms, einschließlich die der Bürgerbeteiligung, sehr ernst nimmt, denn für die Beratung dieser Themen steht insbesondere unser Partner – die LAG.

Einige Sätze zum hessischen Weg zu der von Ländern und Bund vereinbarten Aufgabe der Programmevaluation und zur Nachhaltigkeitsstrategie:

Für die erste Zwischenbilanz zum Programm – 2004 – wurde für und mit den Kommunen eine Methode zur Selbstbeschreibung bzw. Selbstbewertung entwickelt, die die Standorte sehr früh auf die Themen von bisheriger Zielerreichung und Perspektiventwicklung lenkt und bereits zur „Halbzeit“ des Verfahrens die Frage der Nachhaltigkeit von Strukturen und Projekten aufwirft. Hartnäckig wie wir sind, fragen wir danach auch noch einmal in der Schlussbilanzierung nach 10 Jahren und verbinden dieses Nachfragen mit einer Nachhaltigkeitskonzeption, die von den Kommunen in der Schlussphase zu erarbeiten ist. Bei dem hier gewählten Weg geht es weniger um eine Kontrolle der Verfahren, vielmehr geht es darum, in den Kommunen einen Diskurs zur Verstetigung der Sozialen Stadt anzuregen und zwar über den Förderzeitraum hinaus.

Letztes Stichwort zur Kooperation auf Landesebene mit weiteren Fachministerien, die für die Programmentwicklung so unverzichtbar ist:

In den vergangenen Jahren gibt es einige engere Verknüpfungen mit kooperierenden hessischen Fachministerien. Anlässe ergaben sich nicht nur durch die HEGISS-Jurysitzungen zwischen 2006 und 2009 sondern vor allem auch durch verschiedene Landesinitiativen z. B. zur Integration, in Sachen Sport oder zum Thema Gesundheitsförderung. Die zuständigen Fachministerien wie die umsetzenden Institutionen sind hierzu ihrerseits auf die Sozialen Stadt-Akteure zugekommen und bieten Austausch und Vernetzung an. Ich würde mir wünschen, dass diese Bewegungen des Aufeinanderzugehens ganz pragmatisch und am konkreten Nutzen und Mehrwert für das eigene Arbeitsziel nicht nur aufrecht gehalten wird, sondern in den kommenden Jahren noch ausgebaut werden könnte.

Dank an die Beteiligten

Zum Schluss meiner Ausführungen möchte ich all denjenigen ganz herzlich danken, die sich für die Soziale Stadt vor Ort engagieren. Dazu gehören die Kolleginnen und Kollegen in den kommunalen Verwaltungen, in Institutionen und Trägern sowie Planungsbüros, ganz besonders – einer der wichtigsten Partner – die Wohnungswirtschaft bzw. die Wohnungsbaugesellschaften ebenso wie die so vielfach engagierten Bürgerinnen und Bürger in Vereinen, Stadtteilgremien, Vereinen und Initiativen. Durch ihre aktive Mitwirkung und Mitarbeit konnte die „Soziale Stadt“ die Erfolge er-

ringen, konnten Lebens- und Wohnverhältnisse in den Quartieren und Stadtteilen maßgeblich verbessert werden.

Mein Dank geht auch an Kolleginnen und Kollegen aus der Wissenschaft – an Hochschulen und Instituten – die uns in den vergangenen Jahren zu verschiedenen Themenschwerpunkten kritisch aber immer konstruktiv begleitet haben.

Mein Dank geht ebenso an Frau Dr. Jäger, die das Referat vor etwa 2 Jahren übernommen hat und dem Thema Soziale Stadt – trotz der Größe ihres Aufgabengebietes – große Aufmerksamkeit widmet und unsere Arbeit sehr unterstützt. Auch die Impulse, die Frau Jäger durch das Fachgebiete Kultur- und Kreativwirtschaft wie Lokale Ökonomie mit in das Referat hineingebracht hat, sind eine große Bereicherung für unsere Soziale Stadt-Gebiete. Kulturarbeit und Kreativschaffenden finden in unseren Stadtteilen vielfach ein Milieu, das für sie ein Entwicklungspotenzial darstellt und andererseits dem Stadtteil eine Stabilität und Wertschätzung vermittelt, die es zur Gesamtstadt hin öffnet. Das Teves-Gelände, das wir hier heute näher kennen lernen dürfen, ist hierfür ein eindrückliches Beispiel.

Ganz herzlichen Dank auch an die Kolleginnen des HMWVL's, Frau Munsch-Werle und Frau Enk, die immer mit großem Sachverstand und immer mit großer Geduld und Freundlichkeit alle möglichen und unmöglichen Probleme und Unwägbarkeiten wie natürlich auch die Routinen zu lösen wissen.

Und schlussendlich ganz herzlichen Dank an unsere Frankfurter Kolleginnen und Kollegen sowie die Akteure hier auf dem Gelände, die uns heute so hilfreich mit dieser Veranstaltung unterstützen.

Ich wünsche uns allen hier heute einen interessanten Austausch, interessante Gespräche und viele neue Impulse und Ideen für die Weiterentwicklung der Sozialen Stadt!